



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Hier: Unterstützung der StädteRegion Aachen gegen den Betrieb der AKWs Tihange und Doel

Beratungsfolge:

17.03.2016 Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag

Die Stadt Hagen unterstützt inhaltlich die Klagen der StädteRegion Aachen und anderer Gemeinden gegen den Betrieb der Atomkraftwerke Tihange und Doel in Belgien. Der Oberbürgermeister nimmt umgehend Kontakt mit der StädteRegion Aachen auf, um die Möglichkeiten eines Beitritts zu den Klagen zu prüfen.

Kurzfassung

Entfällt

Begründung

Siehe Anlage



IM RAT DER STADT HAGEN

Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz

- im Hause -

03.03.2016

Sehr geehrter Herr Schulz,

bitte nehmen Sie den folgenden Vorschlag zur Tagesordnung gem. § 6 (1) GeschO für die Sitzung des Rates am 17.03.2016 auf:

Unterstützung der StädteRegion Aachen gegen den Betrieb der AKWs Tihange und Doel

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Hagen unterstützt inhaltlich die Klagen der StädteRegion Aachen und anderer Gemeinden gegen den Betrieb der Atomkraftwerke Tihange und Doel in Belgien. Der Oberbürgermeister nimmt umgehend Kontakt mit der StädteRegion Aachen auf, um die Möglichkeiten eines Beitritts zu den Klagen zu prüfen.

Begründung:

In Belgien, etwa 60 km westlich der Stadt Aachen, betreibt der Energiekonzern Elecstrabel das Atomkraftwerk Tihange mit insgesamt drei Blöcken sowie bei Antwerpen das Atomkraftwerk Doel mit vier Blöcken. In den letzten Jahren ist es in den beiden Anlagen zu einer Vielzahl von Störfällen gekommen:

Etliche Male mussten die verschiedenen Reaktoren infolge von Bränden, Ausfall von Pumpen usw. notabgeschaltet werden. Ein Abklingbecken verliert in Tihange seit Jahren radioaktives Wasser, ohne dass die Ursache geklärt wäre. Auf dem Gelände des Atomkraftwerks Tihange wurde eine scharfe Bombe aus dem 1. Weltkrieg gefunden. Mitarbeiter des Kontrollraums des Atomkraftwerks wurden wegen Verstößen gegen Sicherheitsvorschriften vom Dienst suspendiert. Alle 1000 Mitarbeiter des Atomkraftwerks mussten wegen mangelhafter Sicherheitskultur zu Nachschulungen. Im Atomkraftwerk Doel gab es 2014 einen Sabotageakt von Mitarbeitern, der zur Notabschaltung eines Blocks führte und bis heute nicht aufgeklärt ist.

Besonders problematisch sind darüber hinaus zwei politische Entscheidungen:

- Die belgische Regierung hat den Weiterbetrieb der Blöcke Tihange 2 und Doel 3 genehmigt, obwohl die Druckbehälter dieser Reaktoren tausende Risse aufweisen. Die Ursache der Risse ist umstritten und selbst atomkraftbefürwortende Fachleute halten den Weiterbetrieb dieser Reaktoren für unverantwortlich. Der Druckbehälter ist das entscheidende Bauteil zum Schutz der Umgebung vor Radioaktivität.
- 2014 beschloss die belgische Regierung die ältesten Reaktorblöcke Tihange 1 und Doel 1 und 2 (Inbetriebnahme 1975) nicht - wie seit 2003 geplant – 2015 stillzulegen, sondern die Laufzeiten um zehn Jahre bis 2025 zu verlängern. Diese Reaktorblöcke gehören zu den ältesten in Betrieb befindlichen Atomkraftwerken Europas.

Gegen den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke Tihange und Doel gibt es nicht nur in Belgien, sondern auch in den Niederlanden und Deutschland erheblichen Widerstand. Im Falle eines Unfalls würde austretende Radioaktivität bei den vorherrschenden Westwindlagen nach Deutschland und in die Niederlande getragen. Das Ruhrgebiet wäre dabei voraussichtlich mitbetroffen.

Die StädteRegion Aachen hat deshalb beschlossen, alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um gegen Tihange vorzugehen. Mit Unterstützung von Kanzleien in Brüssel und Düsseldorf wird die StädteRegion Aachen

- Informationsansprüche nach europäischem Recht gegen die belgischen Behörden geltend machen und ggf. einklagen,
- die Europäische Kommission auffordern, dass diese ihre Informationsansprüche gegen Belgien geltend macht,
- eine Klage beim belgischen Staatsrat gegen die (Wieder-) Zulassung der Wiederinbetriebnahme von Tihange 2 einreichen,
- zusätzlich eine Klage vor einem ordentlichen Gericht in Brüssel einreichen mit dem Ziel, die Stilllegung von Tihange 2 zu betreiben.

Bereits zahlreiche deutsche und niederländische Kreise, Städte und Gemeinden haben erklärt, die Klagen der StädteRegion Aachen zu unterstützen. Neben den Kreisen Euskirchen, Neuss, Düren und dem Eifelkreis Bitburg-Prüm schließen sich auch Städte des Ruhrgebiets dem Rechtsstreit insbesondere hinsichtlich des Informationsanspruchs an: Erst im Februar wurde ein entsprechender Antrag im Rat der Stadt Gelsenkirchen einstimmig beschlossen.

Mit freundlichen Grüßen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Joachim Riechel
Fraktionssprecher



f.d.R.
Hubertus Wolzenburg
Fraktionsgeschäftsführer